



Deutschland
 Parteivorstand
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Verfasser: Gripsien. - Leipziger Parteitag
 der W. L. P. D. 1919.

Was ist uns das Programm?

Die Entwicklung der Menschen mit ihrer ganzen Kultur vollzieht sich nach ökonomischen Gesetzen. Es handelt sich jedoch nicht um einen mechanischen Prozeß, den die Menschen als neugierige Zuseher beobachten können oder den sie als ohnmächtige Opfer über sich ergehen lassen müssen. Die Menschen müssen vielmehr bewußt auf die Entwicklung einwirken, wenn ihre Resultate angenehm und nützlich sein sollen.

Das bedingt, daß die Menschen die Gesetze der Entwicklung kennen, daß sie wissen, mit welchen Mitteln auf die Entwicklung einzuwirken ist und welches Ziel erreicht werden muß.

Diese Erkenntnis wird zunächst in mühevoller wissenschaftlicher Arbeit von wenigen Forschern gewonnen. Es bedarf einer nicht mühevollen Arbeit, diese Erkenntnis auf immer weitere Kreise der Menschheit zu übertragen, sie zum gesellschaftlichen Bewußtsein zu erwecken und zum gesellschaftlichen Willen und Handeln zu bringen.

Dazu bedürfen wir eines Programms.

Uns ist das Programm nicht eine Kundgebung schöner Vorträge oder eine Sammlung von Forderungen für den Tag. Unser Programm ist nicht erfügell oder erlösend. Unser Programm kann nicht jedem etwas bringen und allen angenehm sein. Es ist nützlich für das Proletariat, verderblich für den Kapitalismus.

Unser Programm ist eine historische Tat. Es ist Wort für Wort geworden, es entwickelt sich mit der Geschichte. Die Grundlage unseres Programms bildet eine klare, knappe Normalkurung des Ganges der Entwicklung der modernen menschlichen Gesellschaft. Daraus wird das von uns zu erstrebende Ziel abgeleitet und die historische Aufgabe unserer Bewegung festgelegt.

Uns ist das Programm die sichere wissenschaftliche Plattform, von der aus wir zum Ziel streben. Die Mittel und Wege zum Ziel ergeben sich aus der praktischen Anwendung der Grundsätze unseres Programms. Sollten Boden unter den Füßen, das Ziel klar vor uns, so kämpfen wir. Die Geschichte unseres Programms ist die Geschichte unserer Bewegung.

Das Kommunistische Manifest 17273 1847.

Mit dem von Marx und Engels 1847 verfaßten Kommunistischen Manifest beginnt die Reihe der Programme des wissenschaftlichen Sozialismus. Diese durch politische Kräfte, ob sie nun Golt oder Vorleitung oder Schildträger sind, nicht durch ewige Ideen, nicht durch Naturgesetze, nicht

durch Uebereinkommen oder Gesellschaftsverträge werden die Geschicke der Menschheit bestimmt, sondern durch die Entwicklung der Arbeit. Die Arbeit hat den Menschen geschaffen, ihre Entwicklung ist die Triebkraft der Geschichte der Menschheit.

Die Menschen werden immer zahlreicher und haben immer mehr und immer feinere Bedürfnisse. Sie sind gezwungen, ständig auf die Steigerung der Ertragskraft ihrer Arbeit bedacht zu sein. Das führt zur fortwährenden Verbesserung ihrer Werkzeuge. Die Entwicklung der Werkzeuge verändert den Arbeitsprozess. Die Entwicklung des Arbeitsprozesses verändert die ökonomischen Verhältnisse der Menschen zu einander. Die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse verändert die sozialen Zustände in der menschlichen Gesellschaft. Die Entwicklung der sozialen Zustände verändert die juristischen und politischen Einrichtungen, die ganze Ideologie der Menschen. Eine dauernde Entwicklung der Menschheit, ein ewiges Auf und Ab, je nach den jeweils bestehenden Umständen und dem jeweils acartelten Bewußtsein und Willen der Menschen.

Die materiellen Beweismittel wirken auf das Bewußtsein und Willen des Menschen. Aber das Bewußtsein und Willen der Menschen wirkt auf die materiellen Beweismittel. Es bestehen Wechselwirkungen zwischen den Grundursachen und den Zwischenursachen. Das Denkvermögen brüht der Mensch als natürliche Anlage auf die Welt. Wie er aber denkt, das hängt ab von dem gesellschaftlichen Sein der Menschen.

So untersucht Marx die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Menschheit bis auf ihre Grundursachen. Seine Folgerungen logisch als wird prüft die Schlüsse an der Wirklichkeit. Marx arbeitet als Nationalökonom nach wissenschaftlichen Formalmethoden, wie ein Naturforscher, Mediziner oder Chemiker auf dem Gebiet seiner Wissenschaft. So findet Marx das letzte Beweismittel in der Geschichte der Menschheit, seine Ursachen und Wirkungen. Und nun kann er wirksam und erfolgversprechend Erkenntnisse weiden, Willen und Handeln im Proletariat ausüben. Das Proletariat muß als dazu berufene Klasse bewußt auf die Entwicklung der Gesellschaft einwirken. Dann besteht die Gewähr dafür, daß die sozialistische Kultur nicht zusammenbricht, um dem Barbarenismus zu verfallen, daß sie zu einer höheren Kulturstufe, dem Sozialismus, emporgeführt wird.

Seitdem der primitive Urkommunismus aufgehört hat zu bestehen, ist die menschliche Gesellschaft in Klassen geteilt. Klassengegensätze und Klassenkämpfe beherrschen seitdem die Geschichte der Menschheit. Klassenkämpfe auf einer immer höheren Stufe der allgemeinen Entwicklung. Jetzt stehen wir auf der höchsten Stufe. Die letzten Klassenkämpfe zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie werden um die Befreiung der Massen überhaupt geführt. Mit dem Sieg des Proletariats fällt die Klassengesellschaft, lösen die Klassengegensätze und Klassenkämpfe auf. Die planmäßig arbeitende Gesellschaft auf der Grundlage des bewußten, entwickelten, sozialistischen Kommunismus ist vernünftig.

Von den verschiedenen Klassen der Gesellschaft kommt allein das Proletariat als Träger und Vollstrecker der gewaltigen Revolution in Betracht, durch die der Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus gesetzt werden soll. Alle anderen Klassen, mögen sonst Gegenüber zwischen ihnen bestehen, sind als Interessenten des Kapitalismus für die Erhaltung der kapitalistischen Ge-

ellschaft oder für die Rückkehr zu überwindenden Entwicklungsstufen, sind entweder konservativ oder reaktionär.

Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Es muß die politische Macht erobern und die öffentliche Gewalt ausüben, bis der Sozialismus verwirklicht ist.

Das sind die Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus, die zum erstenmal in programmatischer Form im kommunistischen Manifest formuliert wurden und die im Verlaufe der modernen Arbeiterbewegung im einzelnen ergänzt, ausgebaut und vertieft wurden. Das sind die wissenschaftlich-sozialistischen Grundsätze, deren Nichtigkeit durch die fortschreitende Entwicklung in immer gesteigertem Maße bekämpft wird.

Aus den Grundzügen ergeben sich die Maximen, ergeben sich die Mittel und Wege, die zum Ziele führen.

Die Grundzüge sind, soweit ihre spezifisch sozialistischer Charakter in Betracht kommt, das Dauernde für eine ganze Epoche der Menschheitsgeschichte: vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Mittel und Wege, die zwar immer von den Grundzügen ausgehen und nach den Grundzügen orientiert sein müssen, sollen sie zum Sozialismus führen, verändern sich mit der jeweiligen Situation, wie sie sich innerhalb dieser Epoche jeweils ergibt: von Epoche zu Epoche, bis zur Eroberung der politischen Macht und von der Eroberung der politischen Macht bis zur Vollendung des Sozialismus.

Als das kommunistische Manifest geschrieben wurde, schied sich die deutsche industrielle Bourgeoisie an, die politische Macht zu erobern und sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung auszuüben. Die Bourgeoisie war damals die revolutionäre Klasse. Sie stand im Kampf gegen die feudalen konservativen Klassen. Das Kleinbürgertum, das infolge der freien Entfaltung des Kapitalismus seinen Untergang vor Augen sah, richtete seine Blicke zurück zur guten alten Zeit, in der das Feudalrecht einen goldenen Boden hatte. Das Kleinbürgertum war reaktionär.

Die Vertreter des kommunistischen Manifestes lebten ihre Hoffnungen auf die Revolution der Großbourgeoisie in Deutschland. Sie waren bereit, diese Revolution mitzukämpfen, in der Hoffnung, sie über die Ziele der Großbourgeoisie hinauszutreiben, sie zur proletarischen Revolution zu machen und den Sozialismus zum Siege zu führen.

„Auf Deutschland richteten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht, und weil es diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt und mit einem viel weicher entwickelten Proletariat vollbringt, als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert, die deutsche Revolution also nur das unmittelbare Vorbild einer proletarischen Revolution sein kann.“

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.“

„Die Massen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden gestossen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.“

Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Massen geschmiebelt, die ihr den Tod bringen; sie hat auch die Männer erzeugt, die diese Massen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletariat.“

R 4025

„Von allen Klassen, welche heuteutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Produkt.“

Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution ist die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erlangung der Demokratie, welche Mittel und Wege das herrschende Proletariat anzuwenden hat, um den Sozialismus zu verwirklichen, darüber sagt das kommunistische Manifest:

„Das Proletariat wird seine Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst reich zu vermehren.“

Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittelt durch despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unermesslich sind.

Diese Maßregeln werden natürlich je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein.

Für die fortgeschrittenen Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrenten zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleiche Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinzuwirken auf die allmähliche Vereinfachung des Unterschiedes von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Befreiung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.

Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse bereit, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende

Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegenjebes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf.

In die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegenjeben tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Das kommunistische Manifest seiner Höhepunkt in einem Aktionsprogramm, das von der Arbeiterregierung vom Tage ihrer Einsetzung ab durchzuführen ist. Es ist ein Aktionsprogramm für die Diktatur des Proletariats.

Alle Produktionsinstrumente — Produktionsmittel — werden Eigentum der herrschenden Arbeiterklasse, die ihre Macht durch eine zentralisierte Organisation — Staat — ausübt. Dies kann nur geschehen durch despotische — gewaltherrherrliche — Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch die Umwandlung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Es wird bei dieser Gelegenheit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der Staat kein Ding an sich ist, das über allen Klassen steht oder „zum Wohl des Volksganges“ wirkt, sondern daß er eine Herrschaftsorganisation der herrschenden Klasse ist.

Wenn für die proletarische Revolution auch die Grundzüge allgemein gültig sind, so hat sich doch die Art und Weise ihrer praktischen Durchführung je nach den besonderen Verhältnissen in jedem Lande besonders zu gestalten. Es handelt sich darum, in jedem Lande an das gegebene äußerste Ende anzuknüpfen und umgestaltend weiterzubauen.

Die unter 1. angeführte Forderung spielte schon in der Charlistenbewegung eine Rolle. Der radikale Charlistenfürer O'Brien sah im Privateigentum an Grund und Boden die Quelle alles Übels und forderte darum Verstaatlichung des Grundbesitzes. Damals eine Gegenwartsforderung, jetzt eine Forderung für die Zukunft. Marx und Engels waren sich darüber klar, daß eine solche Forderung nur durch eine siegreiche Revolution verwirklicht werden kann. Expropriation des Grundeigentums, nicht Konfiskation. Also nicht nur Fortnahme, sondern auch Wöschung. Dagegen unter 4.: Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen. Damit ist die Fortnahme des Weltkapitals ohne Entschädigung gemeint.

Unter 5. haben wir eine Forderung, die seinerzeit von Saint-Simon für die Gegenwart erhoben wurde. Hier ist als Voraussetzung für die Erfüllung auch dieser Forderung der Erwerb der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Die 7. und 8. Forderung sind zur Erhöhung der Produktivität nötig, da mit dem Aufhören der kapitalistischen Wirtschaft eine erhöhte Konsumtion eintritt.

Von großer Bedeutung ist die 9. Forderung. Schon bei Owen und Fourier finden wir die Idee der landwirtschaftlichen Betriebe mit Industrie. Die Verschmelzung von Stadt und Land schafft den Arbeitern Gelegenheit, ihre verschiedenen Fähigkeiten zu entwickeln und die Arbeit abwechslungsreicher zu gestalten; sie ist ferner von der größten Wichtigkeit für die Lösung der für die proletarische Revolution so schwierigen Agrarfrage.

Die 10. Forderung deutet sich ebenfalls mit Fouriers Idee, die Erziehung der Kinder so zu gestalten, daß sie spielerisch nützliche Arbeit leisten.

Die beiden letzten zitierten Abschnitte des kommunistischen Manifestes haben die Anwendung der staatlichen Herrschaftsorgane in Verwaltungsorgane hervor: „So verkörpert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter.“ Auch diesem Gedanken begegnen wir schon bei Saint-Simon. Die Natur des Proletariats findet ihre Erde in der „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“, in der sozialistischen Demokratie. Das kommunistische Manifest war das Programm des internationalen Kommunistenbundes für die letzte entscheidende Phase des Klassenkampfes mit klaren bestimmten Richtlinien für die praktische Durchführung des sozialistischen Kommunismus. Stolz und Kühn, ohne Rücksicht auf etwaige Miskläufer oder auf irgendwelche Hilfe irgendwelcher nichtproletarischer Schichten und Klassen trug sie. Die Kommunisten beschwören es, ihre Ansichten und Absichten zu verdeutlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltthätigen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.

Die Hinweis auf O'Brien, auf Fourier, Saint-Simon und Owen sollen darauf aufmerksam machen, daß das kommunistische Manifest in allen seinen Teilen ein historisches Produkt ist.

Die Annahme, daß die proletarische Revolution unmittelbar auf die bürgerliche folgen werde, erwies sich bald nach 1848 als irrig. Gestillt ökonomisch dazu die Vorbedingungen in der Gesellschaft, so war das Proletariat weder materiell noch geistig reif und stark genug zur Übernahme und Behauptung der politischen Macht. Marx und Engels ließen sich deshalb auf keine Revolutionspielerei ein. Sie waren auch nicht der Meinung, daß sich die Arbeiterklasse nun begabten lassen müßte. Im Gegenteil, sie wiesen darauf hin, daß sich das Proletariat auf einen Jahrzehntelangen energischen Klassenkampf einzurichten habe, in dessen Verlauf die Vorbedingungen zum Sieg geschaffen werden würden.

Diesem, die von der Revolutionspielerei nicht lassen konnten, verlor sich in Sekirerei oder im Anarchismus und erlangten nie eine nennenswerte politische Bedeutung. Geschweige denn, daß sie durch ihre Taten viel Nützliches zum Befreiungskampf der Arbeiterklasse beigetragen haben.

Der Marxismus hat recht behalten, wie die Geschäfte der Arbeiterbewegung lehren.

Offenes Antwortschreiben.

1863.

Am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet. Im Prinzip und in der Taktik stellte sich der Verein auf den Boden des Offenen Antwortschreibens, das Lassalle auf Grund am 20. Leipziger Zentral Komitee für die Einberufung eines deutschen Arbeiterkongresses gerichtet hatte. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war die erste sozialistische Arbeiterorganisation in Deutschland.

Als erste Aufgabe für die Arbeiter war nach dem Offenen Antwortschreiben:

„Der Arbeiterstand muß sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu dem prinzipiellen Lösungswort und Banner dieser Partei machen. Die Vertretung des Arbeiterstandes in der gesetzgebenden Körperschaft Deutschlands — dies ist es allein, was in politischer Hinsicht seine legitimen Interessen befriedigen kann. Eine friedliche und geschickte Agitation hierfür mit allen geistlichen Mitteln zu eröffnen, das ist und muß in politischer Hinsicht das Programm der Arbeiterpartei sein.“

In diesem Sinne war denn auch im ersten Paragraphen des Organisationsstatuts als Zweck des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins angegeben, „auf friedlichem und gesetzmäßigem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Meinung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zu wirken, als das einzige Mittel, das eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige Befreiung der Massenangelegenheiten in der Gesellschaft herbeiführen könne.“

Lassalle fragte: „Sind die Schul-Religiösen Assoziationen, die Kredit- und Vorshuß-, die Nothloß- und die Sparvereine imstande, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken?“

Lassalle antwortete mit dem entschiedensten Nein!

Die Kredit- oder Vorshuß- und die Nothloßvereine existieren nur für den, der ein Geschäft für eigene Rechnung betreibt, für den Keinen Handwerker. Für den Arbeiter im engeren Sinn, für den Lohnarbeiter, kommen die genannten Vereine nicht in Betracht. Und die Konsumvereine? Auch die sind gänzlich unfähig, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken. Und zwar sagte Lassalle:

„1. Die Benachteiligung, welche den Arbeiterstand trifft, trifft ihn, wie das sub 2 anzuführende ökonomische Gesetz zeigen wird, als Produzenten, nicht als Konsumenten. Es ist daher schon eine ganz falsche Hilfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihn auf der Seite zu helfen, wo wirklich der Schuß ihn drückt, als Produzenten.“

Unter 2 entwickelte dann Lassalle das eiserne Logengesetz:

„2. Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, dem Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Erhaltung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwüngen jederzeit herum gravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben zu erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben — denn sonst entliehe durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterzahl und der Arbeiterzufuhr, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.“

Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Mangel-

keit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeitskräften nach vorrätig und dem Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt.

Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortbauend zurückzufallen muß, herumzutreiben, bald etwas über demselben (Periode der Prosperität in allen oder einzelnen Arbeitszweigen), bald etwas unter ihm zu stehen (Periode des mehr oder weniger allgemeinen Wohlstandes und der Krisen).

Die Beschränkung des durchschnittlichen Arbeitslohnes auf die in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderliche Lebensnotdurft — das ist also, ich wiederhole es Ihnen, das eiserne und grausame Gesetz, welches den Arbeitslohn unter den heutigen Verhältnissen beherrscht.

Dieses Gesetz kann von niemand bestritten werden. Ich könnte Ihnen für dasselbe ebenso viele Namen anführen, als es große und berühmte Namen in der nationalökonomischen Wissenschaft gibt, und zwar aus der liberalen Schule selbst, denn gerade die liberale ökonomische Schule hat es, welche selbst dieses Gesetz entdeckt und nachgewiesen hat."

Dies eiserne und grausame Gesetz kann nicht durch Konsumvereine außer Kraft gesetzt werden. Solange einzelne Kreise von Arbeitern zu Konsumvereinen zusammentraten, solange wird der allgemeine Arbeitslohn nicht durch dieselben berührt. Die untergeordnete Erleichterung durch billiger Konsumtion bleibt auf die den Konsumvereinen angehörenden Arbeiter beschränkt. Wird mehr und mehr der gesamte Arbeiterstand durch die Konsumvereine erfasst, dann tritt vermöge des eiserne Lohngesetzes die Wirkung ein, daß der Arbeitslohn insoweit des durch die Konsumvereine billiger gewordenen Lebensunterhaltes um ebensoviel fallen muß.

Wie also ist es möglich, die Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes zu bewirken? Nach Lassalle durch folgendes Mittel:

"Den Arbeiterstand zu seinem eigenen Unternehmer machen — das ist das Mittel, durch welches — und durch welches allein — wie Sie jetzt selbst sehen, jenes eiserne und grausame Gesetz beseitigt sein würde, das den Arbeitslohn bestimmt!

Wenn der Arbeiterstand sein eigener Unternehmer ist, so fällt jene Scheidung zwischen Arbeitslohn überhaupt fort, und an seine Stelle tritt als Vergeltung der Arbeit: der Arbeits-ertrag!

Die Aufhebung des Unternehmergewinns in der friedlichsten, legalsten und einfachsten Weise, indem sich der Arbeiterstand durch freiwillige Assoziationen als sein eigener Unternehmer organisiert, die hiermit und hiermit allein gegebene Aufhebung jenes Gesetzes, welches unter der heutigen Produktion von dem Produktionsertrag das eben zur Lebensfristung Erforderliche auf die Arbeiter als Lohn und den gesamten Lebensfuß auf den Unternehmer verteilt, das ist die einzige wahrhafte, die einzige seinen gerechten An-

sprüche entsprechende, die einzige nichtillusionäre Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes.

Aber wie? Werfen Sie einen Blick auf die Eisenbahnen, die Maschinenfabriken, die Schiffsbauwerkstätten, die Baumwollspinnereien, die Wollwebereien usw. usw., auf die zu diesen Anlagen erforderlichen Millionen, werfen Sie einen Blick in die Lücke Ihrer Taschen und fragen Sie sich, wo Sie jemals die zu diesen Anlagen erforderlichen Millionenkapitalien hernehmen und wie Sie somit jemals den Betrieb der Großindustrie auf eigene Rechnung ermöglichen sollen.

Und gewiß ist nichts schmerzlicher, nichts festerstehend, als daß Sie dies niemals ermöglichen würden, wenn Sie ausschließlich und lediglich allein auf Ihre isolierten Anstrengungen als Individuen ruhigen ließen.

Eben deshalb ist es Sache und Aufgabe des Staates, Ihnen dies zu ermöglichen, die große Sache der freien individuellen Assoziation des Arbeiterstandes fördern und entwickelnd in seine Hand zu nehmen und es zu seiner heiligsten Pflicht zu machen, Ihnen die Mittel und Möglichkeit zu dieser Ihrer Selbstorganisation und Selbstassoziation zu bieten."

Durch das allgemeine und direkte Wahlrecht. Wenn die gesetzgebenden Körper Deutschlands aus dem allgemeinen und direkten Wahlrecht hervorgehen, dann werden die Arbeiter den Staat bestimmen können, sich dieser seiner Pflicht zu unterziehen.

"Das allgemeine und direkte Wahlrecht ist also, wie sich jetzt ergeben hat, nicht nur Ihr politisches, es ist auch Ihr soziales Grundprinzip, die Grundbedingung aller Ihrer Hilfe. Es ist das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern."

Und wie das Wahlrecht erzwingen? Durch Agitation, Organisation und Presse.

Bietet das kommunistische Manifest ein Programm für die praktische Durchführung des Sozialismus nach dem siegreichen proletarischen Kampfe, so gibt das Offene Antwortschreiben ein Programm zur Erkämpfung des Klassenkampfes. Das Offene Antwortschreiben ruft die Arbeiter auf, den Kampf um ihre Befreiung zu beginnen. Das Ziel ist in weiter Ferne nur angedeutet: "Eine wahrhafte Befreiung der Massen gegenüber der Weltmacht."

Im kommunistischen Manifest wird offen erklärt, daß die Arbeiterklasse ihr Ziel nur erreichen kann durch den gewaltsamen Umsturz.

Nach dem Offenen Antwortschreiben gelten die friedlichen und geschlichen Mittel des Parlamentarismus als die einzigen Mittel, die eine soziale Verbesserung des Arbeiterstandes und die Beseitigung der Klassenengegenseite herbeiführen können.

Unter 2 entwickelte Lassalle das eiserne Lohngesetz nach einer Verelendungs-theorie, wie sie inhaltlich auch im kommunistischen Manifest zu finden ist: "Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Wehungen seiner eigenen Sklavie herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichthum."

Die bürgerlichen Ökonomen leiteten das eiserne Lohngesetz aus der Bevölkerungstheorie von Malthus ab, nach der sich die Menschen rascher vermehren als die Nahrungsmittel. Lassalle dagegen übertrug, in Uebereinstimmung mit dem kommunistischen Manifest, nicht Malthuses auf die Gestaltung der sozialen Verhältnisse der Menschen zueinander, er bemerkte ausdrücklich, daß das eiserne Lohngesetz „unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit“ gelte. Ihm war das Lohngesetz nicht ein natürliches, sondern ein gesellschaftliches Gesetz, das durch andere organisierte gesellschaftliche Verhältnisse durch Produktionsassoziationen außer Kraft gesetzt werden kann. Marx hat dann aber im ersten Bande des Kapitals — der drei Jahre nach Lassalles Tod, im Jahre 1867, erschienen ist — das elastische Lohngesetz der großkapitalistischen Gesellschaft nachgelesen:

„Das Gesetz, das die industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter feiner an das Kapital als den Prometheus die Kette des Gefäßtös an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, das heißt auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“

Nach dem elastischen Lohngesetz von Marx ist die Schranke des Lohnes nach oben der Durchschnittsprofit der Kapitalisten, die Schranke nach unten die Erhaltung der Arbeiter. Zwischen diesen Schranken vollziehen sich die Bewegungen des Lohnes. Es kommt darauf an, in welchem Maße die Widerstandskraft der Arbeiter gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte wirksam ist, in welchem Maße die Arbeiter regulierend auf den Markt der Ware Arbeitskraft einzuwirken vermögen. Die Widerstandskraft der Arbeiter wird absolut gehemmt durch die fortschreitende Proletarisierung des Volkes. Das Proletariat vergrößert sich absolut und nimmt relativ ab. Die industrielle Reservearmee wächst. Die relative Widerstandskraft der Arbeiter steigt und fällt mit der Verminderung und der Vermehrung der industriellen Reservearmee, deren Ab- und Zunahme abhängig ist von dem Periodenwechsel der kapitalistischen Konjunktur. Nicht die Bewegung der Bevölkerung, sondern die Bewegung des Kapitals ist bestimmend für die Bewegung des Lohnes.

Im kommunistischen Manifest werden neben anderen Maßnahmen die Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats und die Vermehrung von Nationalfabriken gefordert, die zwar zunächst ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die sich aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinausheben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Im Offener Antitruststreifen werden freiwillige Produktionsassoziationen mit Staatskredit gefordert, um den Unternehmergewinn und den Arbeitslohn aufzuheben und den Arbeitsertrag an ihre Stelle zu setzen. Lassalle glaubte also, daß sich das Gesetz der Lohnarbeit auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise beseitigen ließe.

Als Vergeltung der Arbeit wollte Lassalle den Arbeitsertrag an die Stelle des Lohnes treten lassen. Das ist eine undurchführbare Forderung. In keiner Gesellschaft, weder in einer kapitalistischen noch in einer sozialistischen, ist es möglich, jedem den vollen Ertrag seiner Arbeit zu geben. Jeder Arbeiter ist

Mitglied der Gesellschaft und wirkt in dem gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Jeder muß zur Erhaltung der Gesellschaft beitragen. Dazu gehören Produktion und Reproduktion, Erzeugung der direkten Lebensmittel und der Produktionsmittel, Erhaltung der Uranan, Mann und Schwachen, der Ausüben öffentlicher Dienste und, je nachdem, auch Erzeugung bestimmter Reserven an Lebensmitteln. Darum kann nicht jeder den vollen Ertrag seiner Arbeit haben, sondern, unter Berücksichtigung des oben Gesagten, wird jeder nach seinem Verdienst und nach dem vorhandenen Reichtum der Gesellschaft an der Verteilung der Produkte teilnehmen.

Marx erforchte die Triebkräfte der Menschheit nach den Gesetzen der materialistischen Geschichtsauffassung. Seine Lehre von unumgänglicher Bedeutung auf den Gebieten der Geschichtsphilosophie, der Ökonomie und der Politik. Was ungezählte Generationen vor ihm auf diesen Gebieten geleistet haben, das hat Marx mit großer Kühnheit zusammengefaßt und emporgeloben.

Lassalle hatte zwar erkannt, daß die Arbeiterklasse einen selbständigen politischen Kampf führen müsse, er war aber nicht vom historischen Materialismus aus zu dieser Erkenntnis gekommen. Er suchte nach in den bürgerlichen Denkformen der Philosophie und der Rechtswissenschaft, die für die bürgerliche Ideologie bestimmend waren.

In der Taktik aber handelte Lassalle durchaus marxistisch. Er knüpfte an das äußerste Ende der politischen Bewegung an. Zuerst versuchte Lassalle die Fackelritter voranzutreiben. Als ihm das nicht gelang, rief er die Arbeiter zum selbständigen Kampf auf. Lassalle nahm die Idee der Assoziation auf, die damals gerade auch auf Arbeiterkreise starken Einfluß übte, als „das organische, unaufhaltbare zu aller weiteren Entwicklung treibende und sie aus sich selbst entfaltende Sentiment“. Bedeutungsvoller jedoch als alles dies war Lassalles Ruf an die Arbeiter, den Kampf für die Eroberung politischer Rechte zu beginnen. Wenn das „freie Wahlrecht“ auch nicht das Zeichen ist, in dem die Arbeiterklasse siegen wird, so war es doch zweifellos die Kraft, den proletarischen offenen und planmäßigen Klassenkampf auszulösen, ohne den die Arbeiterklasse nicht zum Sieger und Volltreiber des Sozialismus werden kann.

Die von Lassalle ins Leben gerufene Arbeiterbewegung war nicht die von einer Pause unterbrochene Fortführung seiner Arbeiterbewegung, deren Kern der Bund der Kommunisten gewesen ist. Der Bund der Kommunisten war der Geheimbund einer kleinen erlesenen Schar wissenschaftlich geschulter Sozialisten für den unmittelbar bevorstehenden Sieg der proletarischen Revolution und für die praktische Durchführung des Kommunismus.

Lassalle mußte mit der Arbeiterklasse eines ökonomisch und politisch unabhängigen Landes rechnen, deren Denken sich noch vollkommen in den von der bürgerlichen Ideologie vorgegebenen Geleisen bewegte. Diese Arbeiterklasse mußte erst politisch geboren und zu einem langen zähen Klassenkampf auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft erlangen werden, bevor an die praktische Durchführung des Sozialismus zu denken war.

Ein Wort Lassalles ist darüber charakteristisch: „Ihr deutschen Arbeiter seid mervürdige Leute! Ihr französischen und englischen Arbeitern, da müßt man pläbieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher noch erweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Solange ihr noch ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr gar nicht und wisst gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt aber von eurer verdammten Verdienstlosigkeit.“

Das kommunistische Manifest hat internationalen Charakter und ist ein Ruf an die Proletarier aller Länder. Das Offene Antwortschreiben hat nationalen Charakter und wendet sich an die Arbeiter eines bestimmten Landes.

Programm des Verbandes der deutschen Arbeitervereine. 1868.

In seinen Lebenserinnerungen erzählt Weybel, daß die erste Schrift, die ihm von Marx in die Hände gekommen und die er mit Genuß gelesen habe, die Inauguraladresse für die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation gewesen sei. Diese Schrift lernte Weybel Anfang 1865 kennen. Ende 1866 trat er der Internationale bei. Im übrigen sei er, erzählt Weybel weiter, wie fast alle, die damals Sozialisten wurden, über Lassalle zu Marx gekommen. Lassalles Schriften waren in unseren Ländern, noch ehe wir eine Schrift von Marx und Engels kannten. Der ersten Band des Kapitals von Marx, der 1867 erschienen war, las Weybel 1869 im Gefängnis.

In den fünfziger und sechziger Jahren entstanden in Deutschland liberal Arbeitervereine, in denen alle Richtungen der bürgerlichen Parteien vertreten waren. Von den republikanischen Demokraten bis zu rechtsstehenden Nationalvereinslern, 1861 wurde in Leipzig ein Gewerkschaftsbildungsverein gegründet, dem Weybel in der Gründungsversammlung beitrug. Als dann 1863 der Lassalle'sche Allgemeine Arbeiterverein geschaffen worden war, kam es zu heftigen Kämpfen zwischen ihm und den bürgerlich orientierten Arbeitervereinen.

Auf ihrem ersten Vereinsstag, 1863 in Frankfurt a. M., stellten die deutschen Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine den „fast einstimmig angenommenen Ausdruck an die Spitze ihrer Beratungen, daß der Vereinsstag „es für erste Pflicht der in ihm vertretenen und aller Arbeitervereine sowohl als überhaupt des gesamten Arbeiterstandes hält, bei der Verfolgung seines Strebens nach geistiger, politischer, bürgerlicher und wirtschaftlicher Hebung des Arbeiterstandes einzig unter sich, einzig mit allen nach des deutschen Vaterlandes Freiheit und Größe Strebenden, einzig und mittelstend zu sein mit allen, welche an der Veredlung der Menschheit arbeiten“.

Dieser Anspruch war direkt gegen die Lassalle'sche Arbeiterbewegung gerichtet. Innerhalb der Arbeitervereine entstand jedoch sehr bald eine stetig wachsende radikalere Arbeiterbewegung, die nach politischer Betätigung strebte. Manche der Lassalle'schen Schriften lasen, um sie zu widerlegen, wurden durch ihr Studium Sozialisten. In den Vereinen taugten alle Kommunisten und Sozialisten auf. Liebknecht belästigte sich neben Weybel in den Arbeitervereinen. Sozialistische Schriften wurden empfohlen und verbreitet. 1867 wandte Weybel sich in einem Brief an Staudinger, den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses der Arbeitervereine, gegen die immer noch gemachten Versuche, die Arbeitervereine von der Politik fernzuhalten. Weybel wollte auch, daß mit der sozialistischen Internationalen Verbindungen angeknüpft würden.

Auf dem Vereinsstag der deutschen Arbeitervereine, der 1868 in Nürnberg zusammentrat, wurde unter Weybel's Führung beschlossen, dem Verband ein

sozialistisches Programm zu geben. Weybel hat, der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation gebeten, einen oder mehrere Delegierte zum Nürnberger Vereinsstag zu schicken. Der Generalrat delegierte Gerasius aus London. Auf dem Vereinsstag waren 93 Organisationen durch 116 Delegierte vertreten. Weybel wurde zum Präsidenten der Tagung gewählt. Im Einverständnis mit Liebknecht war Robert Schweizer damit betraut worden, einen Programmentwurf auszuarbeiten und ihn auf dem Vereinsstag zu verlesen.

Mit 60 Stimmen, die 61 Vereine hinter sich hatten, gegen 46 Stimmen, die für 32 Vereine abgegeben wurden, gelangte folgendes Programm zur Annahme:

Der zu Nürnberg versammelte fünfte Vereinsstag deutscher Arbeitervereine erklärt in nachstehender Punkte seine Hebernehmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiterassoziation:

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopollisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Armut in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist das unentbehrliche Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Gerechtigkeit ist untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner im Erwägung, daß alle auf die ökonomische Befreiung der Arbeiter gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Verband der Einheit zwischen den arbeitenden Massen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Befreiung der Arbeit weder ein lokales noch nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, das alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaften gibt, und dessen Lösung von der politischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, beschließt der fünfte Deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation.

Die Grundlage dieses Programms bildet unverkennbar die programmatische Erklärung, die den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation vorangestellt worden war, und an deren Formulierung Marx mehr als nur hervorragenden Anteil hatte. Die programmatische Erklärung lautet:

Programm der Internationalen Arbeiterassoziation. 1864.

„In Erwägung, daß die Emancipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß; daß der Kampf für die Emancipation der arbeitenden Klassen nicht ein Kampf für die Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenunterschiede bedeutet; daß die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit vom Monopolen der Werkzeuge, der Quellen des Lebens, die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Stands der geistigen Geradwürdigung und politischen Abhängigkeit bildet; daß deshalb die ökonomische Emancipation der arbeitenden Klassen das große Ziel ist, dem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen sollte, daß alle auf dieses große Ziel gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den verschiedenen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedensten Länder gescheitert sind; daß die Emancipation der Arbeit weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, das alle Länder umfaßt, in denen moderne Gesellschaft existiert und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt; daß das gegenwärtige Wiederauflleben der arbeitenden Klassen in den gewerthätigen Ländern Europas, während es neue Hoffnungen weckt, macht, eine feierliche Warnung vor einem Mißfall in alle Irrtümer enthält und ein unmittelbares Bündnis der noch getrennten Bewegungen erfordert; aus diesen Gründen erklärt der Erste Internationale Arbeiterkongreß, die internationale Arbeiterassoziation und alle ihre angehörigen Gesellschaften und Individuen, Wahrheit, Recht und Gütte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Verkenntnis oder Nationalität anzuerkennen. Der Kongreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes oder Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht tut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte.“

Punkt 1 und 2 des Programms der deutschen Arbeitervereine stimmen vollkommen überein mit dem Programm der Internationalen.

Punkt 3 des Programms der deutschen Arbeitervereine stimmt mit der Erklärung, daß die soziale Frage nur im demokratischen Staat gelöst werden kann.

Der Schluß des Programms enthält ein entschiedenes Bekenntnis zur internationalen Solidarität.

So hatten wir nun zwei sozialistische Arbeiterbewegungen in Deutschland: die von Lassalle ins Leben gerufene und die von Bebel und Liebknecht geführte. Die erste erstreckte nach ihrem Programm die Beseitigung der Klassenunterschiede, die zweite die Abschaffung aller Klassenunterschiede. Im Offenen Anknüpfen an die Rede von der Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes. Im Programm der Arbeitervereine

wird als Ziel die Befreiung der arbeitenden Klassen genannt. Ueber einstimmig bestand über die Notwendigkeit des politischen Kampfes zur Erwerbung politischer Rechte.

Auch das Programm der Arbeitervereine war ein Programm für die erste Phase des selbständigen planmäßigen Klassenkampfes.

In der programmatischen Erklärung der Internationalen Arbeiterassoziation sind die großen Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus knapp und scharf umrissen: Selbständiger Klassenkampf, Vernichtung aller Klassenherrschaft, ökonomische Befreiung der arbeitenden Klassen. Daneben liegt der Kern vor allen Dingen auf der notwendigen Zusammenfassung der Arbeiter. Es gilt, die englischen Gewerkschafter, die französischen Föderationen und die deutschen Vorklassiker und Arbeitervereine für die allen Arbeitern gemeinsamen Interessen zu vereinigen. Es ergeht eine feierliche Warnung an die Arbeiter vor einem Mißfall in alle Irrtümer. Keine Revolutionsromantik! Kein Kastieren mit der Bourgeoisie! Die soziale Frage kann nur unter Mitwirkung der Arbeiter der vorgeschrittensten Länder, nur international gelöst werden.

Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 1869.

Am 17. Juli 1869 erschien im Demokratischen Wochenblatt, dessen Redakteur Liebknecht war, ein Aufruf zum Zusammenritt eines allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses. Unterzeichnet war der Aufruf von 66 ehrenamtlichen Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, von 114 Mitgliedern des Verbandes der deutschen Arbeitervereine, von einer Anzahl ehemaliger Mitglieder des Vorklassiker Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, vom Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine der Schweiz, vom Deutsch-republikanischen Verein in Zürich, von Arbeitern österreichischer Arbeiter und von Joh. Phil. Weyer für die deutsche Abteilung der Internationalen in Genf.

Bebel war beauftragt worden, einen Programm- und einen Organisationsentwurf auszuarbeiten und dem Kongreß vorzulegen. Der Kongreß wurde am 7. August 1869 in Eisenach eröffnet. Erschienen waren 282 Delegierte, die 193 Orte vertraten. Beschlissen wurde die Gründung einer neuen Partei unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit nachstehendem Programm:

I. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.

II. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von den Kapitalisten bildet die Grundlage der Armut in jeder Form, und es erhebt deshalb die Sozialdemokratische Arbeiterpartei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch die gemeinschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter.

4. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

5. In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

6. In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es eine moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Verordnungengestaltung, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließen.

III. Als die nächsten Forderungen an der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimes Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindervertretungen wie alle übrigen Vertretungskörper. Den gewählten Vertretern sind genügende Mühen zu gewähren.

2. Einführung der direkten Gesetzgebung (das heißt Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.

4. Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

5. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

6. Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Jagdverengerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

8. Abschaffung aller Frey-, Vereins- und Koalitionsbesetze; Einführung des **Arbeitsbrotgesetzes**; Einschränkung der Frauen- und Arbeit der Kinderarbeit.

9. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Schenksteuer.

10. Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktionsgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Dies Programm enthält ein Gemisch Marginalischer, Lassalleanischer und bürgerlich-demokratischer Forderungen. Nach dem Krieg von 1866 fand die Schaffung des Norddeutschen Bundes und der Zusammentritt eines norddeutschen Reichstages auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts in Aussicht. Mit Rücksicht darauf sollten die Arbeitervereine zu einer sektoren politischen Organisation zusammengeschlossen werden. Diese Organisation sollte auch ein neues Programm bekommen. Wiebel sagt darüber: „Daß das Programm offen sozialdemokratisch sein konnte, war angesichts der Stellung, die ein Teil der führenden Elemente, Professor Mohlmaier und andere, einnahmen, ausgeschlossen, auch war noch ein Teil der Arbeitervereine politisch zu rückständig, als daß wir einer solchen Schritt wagen konnten. Es wäre zu einer Spaltung gekommen, und die mußte in diesem Stadium der Entwicklung vermieden werden.“ So wurde dann auf einer Landesversammlung, die am 19. August 1866 in Chemnitz zusammentrat, die Neue Demokratische Partei gegründet. Und zwar mit einem ausgesprochen bürgerlich-demokratischen Programm, in dem leichte sozialistische Worte in winzigen Mengen als Konterbande eingeschmuggelt war. Das Programm sei hier wiedergegeben, damit es mit dem Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1869 verglichen werden kann:

Forderungen der Demokratie.

1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (das Parlament, die Kammer der Einzelstaaten, die Gemeinden usw.). Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Ein mit größter Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.
2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt. — Kein Kleindeutsches Preußen, kein Großdeutsches unter österreichischer Führung, keine Krone. Dieje und ähnliche dynastisch-partikularistische Bestrebungen, welche neue zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen, sind von der Demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen.
3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession.
4. Hebung der weltlichen, geistigen und sittlichen Volksbildung, Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt mit unentgeltlichem Unterricht. Verbeschaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der der Volksschule Entwachsenden.
5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes und Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druß und jeglicher Fessel. Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freigabe, Gemeinberechtigung, allgemeines deutsches Heimatrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktionsgenossen.

schaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichener werde:

6. Selbstverwaltung der Gemeinden.
7. Föderung des Rechtsbewußtseins im Volke durch Unabängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte, namentlich auch in politischen und Presseprozessen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.
8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

Als Ziel ist in dem Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aufgestellt: die Errichtung des freien Volksstaats. Hier zeigt sich gleich die Wirkung der bürgerlichen demokratischen Ideen vom „freien Staat“. Der Staat ist die Herrschaftsorganisation der bestehenden Klassen. Der Sozialismus wird nicht im Rahmen eines Staates verwirklicht werden, der die Menschheit ohne Rücksicht auf ihre ökonomischen Lebensbedingungen durch politische Grenzen trennt, er wird nicht staatliche Organisationen bestehen lassen, sondern der Sozialismus führt die Menschen über die staatlichen Grenzen hinaus zu einer Gesellschaft zusammen, er setzt Verwaltungsgorgane an Stelle der staatlichen Herrschaftsorgane. Die sozialistische Gesellschaft umfaßt alle Menschen, die in ihren materiellen und geistigen Lebensbedingungen aufeinander angewiesen sind.

Genau so bürgerlich-demokratisch gedacht ist es, wenn unter 1 die politischen- und sozialen Zustände als ungerichtet charakterisiert werden. Das ist eine moralische Werturteilung historischer Erscheinungen. Nur nach bürgerlichen Anschauungen gibt es ewige Ideen von Gerechtigkeit, Freiheit und dergleichen mehr. Politische und soziale Zustände wirken, solange sie mit der ökonomischen Struktur übereinstimmen, nützlich und fördernd. Sobald sie aber nicht mehr mit der ökonomischen Struktur übereinstimmen, wirken sie schädlich, hemmend und zerstörend auf die Interessen der Gesellschaft. Die unabhängigen politischen und sozialen Zustände werden von den Sozialdemokraten nicht belämpft, weil sie ungerecht sind, sondern weil sie beseitigt werden müssen, damit die Menschheit zu einer höheren Kulturstufe gelangen kann. Was die Arbeiter als ungerecht empfinden, das halten die Besitzenden für durchaus gerecht. Ungerechtigkeit ist ein relativer Begriff. Jede Zeit hat ihre besonderen Ansichten über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Zu jeder Zeit haben außerdem die verschiedenen Klassen je ihre besonderen Ansichten über die genannten Begriffe.

Es sind noch andere Ausdrücke im Programm zu finden, die erkennen lassen, daß die materialistische Geschichtsauffassung sich die Arbeiter erst noch erobern mußte. So wenn unter 3 von den gleichen Meßern und gleichen Pfählen und unter 5 vom Wohl der Gesamtheit die Rede ist.

Unter 3 wird die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten festgestellt, die die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form bildet. Hier wäre eine andere Formulierung denkbar gewesen. Eine Formulierung, die hätte erkennen lassen, daß auch der Grundbesitzer seinen Anteil an der Knechtschaft hat.

Das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei enthält die Forderung der Beseitigung aller Klassenverhältnisse und betont die Notwendigkeit des internationalen Klassenkampfes. Es enthält aber auch die Forderung des vollen Arbeitseinsatzes, wie die der freien Produktionsverhältnisse mit Staatsrecht.

Dem II. Teil folgen zehn nächste Forderungen. Das Wahlrecht wird für alle Männer — an die Frauen ist noch nicht gedacht — gefordert. Das Wahlrecht ist die erste Vorbedingung für den politischen Kampf als Mittel zur ökonomischen Befreiung. Dann soll dem Staat ein Stück vom Staat genommen und dem Volke gegeben werden: direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volksschule, weltliche Schule, Geschworenengerichte usw.

Im ganzen lehrt das Programm, wie die Sozialdemokraten jeder Zeit darauf bedacht waren, die Mittel und Wege, die zum Ziel führen sollten, ständig zu modifizieren und zu ergänzen. Die Arbeiterbewegung hat sich auf einen langen zähen Kampf eingerichtet. Weit, weit in blauer Ferne winkt das Ziel: „der freie Volksstaat“.

Programm der Sozialdemokratischen Partei. 1875.

Die Lassalleaner wie die Eisenacher standen im scharfen Kampf gegen Bourgeoisie und Regierung. Lassalle'sche Schriften fanden über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein hinaus Verbreitung unter der Arbeitern. Marx und Engels und die Internationale Arbeiterassoziation übten ihren Einfluß auf die Arbeiterbewegung aus.

Der gemeinsame Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse wachte in immer steigendem Maße das Verlangen nach einer Einigung der verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegung.

Die Frage der Einigung wurde zum erstenmal offiziell auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Berlin, 1873, erörtert. Ein Antrag: Die Generalversammlung möge Mittel und Wege finden, um die verschiedenen Funktionen der deutschen Arbeiterpartei zu vereinigen, war der Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Die Generalversammlung beschloß, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Der Verbandstag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Jahre 1872, in Mainz, nahm einen Antrag an, in dem der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein seinen sozialistischen Prinzipien gemäß als der einzige natürliche Bundesgenosse der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bezeichnet wurde. Der Parteikongress erhielt den Auftrag, ein prinzipielles Zusammengehen mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein immer von neuem zu versuchen und dafür Sorge zu tragen, daß die Haltung aller dem Deutschen Arbeiterverein abgemessenen Mitglieder eine verständliche werde.

Diese verständliche Stimmung fand bei dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein keine Gegenliebe. Im Mai 1873 bestätigte er auf seiner Generoversammlung in Berlin einen Beschluß seines Vorstandes, nach dem „für die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in prinzipiellen und sonntlicher Beziehung durchaus keine Veranlassung vorliegt, an der Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Zweck einer Vereinigung mit der Eisenacher Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ gesprochen wurde von einer „sogenannten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ gesprochen, die nur in der Absicht gegründet worden sei, die Arbeiterbewegung zu schädigen und zu spalten.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erklärte darauf auf ihrem Eisenacher Kongress im Jahre 1873, daß jeder Versuch auf Einigung der Partei über auf Wahlen als auszuwählen einzustellen sei. Die Reichstagsabgeordneten wurden von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei „nur als Agitationsmittel und als Prüfung für die Verbreitung ihrer Prinzipien“ betrachtet und „jeder Kompromiß mit anderen Parteien“ abgelehnt.

1874, auf seiner Generalversammlung in Gannover, lehnte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein abermals einen aus den Reihen seiner Mitglieder kommenden Einigungsantrag ab. Doch nicht mehr so schroff wie bisher. Die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag waren geneigten, öfter gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen. Das blieb nicht ohne Wirkung auf die strebenden Brüder.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die 1874 ihren Kongress in Koburg abhielt, erklärte sich nach wie vor bereit zu einer Einigung. „Ueber den Modus einer solchen Einigung werden zum nächsten Kongress seitens des Ausschusses und der der Partei angehörigen Reichstagsmitglieder Vor schläge erwartet.“ Der Kongress erkannte gleichzeitig die Notwendigkeit einer Reform des Parteiprogramms.

Verstärkte Verfolgungen gegen die Sozialdemokraten beider Richtungen trieben die strebenden Klassengenossen ebenfalls mehr und mehr zusammen. Es bildete sich eine Einigungs-Kommission aus Vertretern der Lassalleaner und Eisenacher, die im Februar 1875 in Göttingen zusammentrat, um die Programme der beiden Parteien zu „einem einzigen“ zu schmieden. Es wurde eine Redaktionskommission eingesetzt, in der die Lassalleaner durch Gassenleber und Gasselmann, die Eisenacher durch Gleich und Niebisch vertreten waren. Das neu „geschmiedete“ Programm löste vielfach heftigen Widerspruch aus. Bebel, der in dieser Zeit im Gefängnis saß, war ebenfalls entrüstet über das neue Programm. Er arbeitete im Gefängnis sogar einen Gegenvorschlag aus. Niebisch erklärte, es sei, mit Rücksicht auf die Einigung, nicht mehr zu erreichen gewesen. Marx und Engels übten ebenfalls scharfe Kritik an dem Einigungsprogramm. Bebel wurde von allen Seiten bekräftigt, seiner Unzufriedenheit über das Einigungsprogramm nicht öffentlich Ausdruck zu geben, um die Vereinigung nicht zu gefährden.

Am 25. Mai 1875 trat dann der Einigungskongress in Göttingen zusammen. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte 71 Delegierte geschickt, die 16 699 Mitglieder vertraten, von den Eisenachern waren 66 Delegierte erschienen, die sich auf 9121 Mitglieder berufen konnten.

Niebisch referierte über die Programmfrage. Bei der Spezialberatung beantragte Bebel u. a. das Wahlrecht „für Staatsangehörige beiderlei Geschlechts“ zu fordern. Dieser Antrag wurde mit 56 gegen 82 Stimmen abgelehnt. Viele Delegierte erklärten, daß sie deshalb gegen den Antrag gestimmt hätten, weil sie seine Forderung durch den Ausdruck Staatsangehörige für erfüllt hielten. Niebisch war fasslich mit Bebel einverstanden, er verwarf nur aus kirchlichen Gründen den Ausdruck „beiderlei Geschlechts“.

Das einstimmig angenommene Programm lautet:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nützlichbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft das Recht, allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitsteilung, nach gleichem Recht, jedem nach seinen demnachstgehenden Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knackigkeit in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwindung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinsinniger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrags.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Klasse sind.

II. Von dieser Grundansicht ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Verbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbesserung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlage des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und öffentlicher Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrpflicht. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahme Gesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtssprechung durch das Volk. Inenigentliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Inenigentlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderung.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

8. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitslohn. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Etilität schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanftmütige Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstoff- und Gasindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungsklassen.

Marg und Engels haben das Einigungsprogramm gründlich und scharf kritisiert. Diese Kritik war zugleich eine Vorlesung über die Grundprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus. Im nachstehenden folgen wir dieser Kritik. Der Satz, daß der Arbeiterpartei gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse seien, wurde als größtenteils, aber historisch falsche Lassalle'sche Phrase bezeichnet. Dieser Satz sei nur in einzelnen Ausnahmefällen wahr, z. B. in einer Resolution des Profetarials oder in einem Land, wo nicht nur die Bourgeoisie Staat und Gesellschaft nach ihrem Bilde gestaltet habe, sondern auch schon nach ihr das demokratische Kleinbürgertum diese Umbildung bis auf ihre letzten Konsequenzen durchgeführt habe. Wenn das demokratische Kleinbürgertum zu dieser reaktionären Masse gehörte, wie könne man da nicht weniger als sieben Forderungen, 1—5 und 1—2, die dies selbste Programm aufnehmen, die wörtlich übereinstimmen mit dem Programm der Volkspartei und Kleinbürgerlichen Demokratie? Alle diese Forderungen seien kirgerlich-demokratisch.

Das Prinzip der Internationalität der Arbeiterbewegung werde dualistisch für die Gegenwart vollständig verneint. Dafür sei die blasse Aussicht übriggeblieben — nicht einmal auf ein späteres Zusammenwirken der europäischen Arbeiter zu ihrer Befreiung — nein, auf eine künftige „internationale Arbeiterverbrüderung“ — auf die „Vereinigten Staaten von Europa“ der Bourgeoisie von der Friedensliga. Es wäre gar nicht nötig gewesen, von der Internationalität als solcher zu sprechen. Aber das mißdeutete wäre doch, keinen Rückschritt gegen das Programm von 1869 zu tun, sondern etwa zu sagen: obgleich die Deutsche Arbeiterpartei zu nächst innerhalb der jetzigen Staatsgrenzen wirke, so sei sie sich doch ihrer internationalen Solidarität bewußt und nach wie vor bereit, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hätten sich ferner das Lassalle'sche „eherne Lohngesetz“ kritisieren lassen, das auf einer ganz veralteten ökonomischen Ansicht beruhe.

Weiter stelle das Programm als einzige soziale Forderung auf — die Lassalle'sche Staatshilfe in ihrer nacktesten Gestalt. Und das, nachdem fast alle, was nicht alle, Kritiker der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Kampf mit den Lassalleancern genötigt gewesen seien, gegen diese „Staatshilfe“ aufzutreten! Dieser habe sich die Partei nicht demütigen können. Im besten Falle sei die „Staatshilfe“ im Lassalle'schen Sinne doch nur eine einzige Maßregel unter vielen anderen, um das Ziel zu erreichen, was hier mit den letzten Worten bezeichnet werde: „um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen“, als ob es für uns noch eine theoretisch ungelöste soziale Frage gäbe!

Berügt wurde auch, daß im Einigungsprogramm von der Organisation der Arbeiterklasse als Klasse mittels der Gewerkschaften gar keine Rede sei.

Alles den Lassalleancern zu Gefallen!

Daß ein Haus ziemlich vornehmeren ein demokratischer Forderung im Programm figurierten, von denen manche keine Modejahre seien, wie z. B. die „Gesetzgebung durch das Volk“, die in der Schweiz beliebt und mehr Schaden als Nutzen anrichte, wenn sie überhaupt was anrichte. Verwahrung durch das Volk, das wäre noch etwas.

Der freie Volksstaat sei in der freien Staat verwandelt. Man sollte das ganze Gerbe vom Staat fallen lassen. Marx's Schritt gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest sagten direkt, daß mit der Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöse und verschwinde. Der Staat sei nur eine vorübergehende Erscheinung, deren man sich im Kampf, in der Revolution bediene, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten; es sei purer Unsin, vom freien Volksstaat zu sprechen: solange das das Proletariat den Staat noch gebrauche, gebrauche es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner. Sobald von Freiheit die Rede sein könne, höre der Staat zu bestehen auf. Es sollte überall das Wort Staat durch das Wort Gemeinwesen ersetzt werden.

„Beilegung aller sozialen und politischen Ungleichheit“ sei auch eine sehr bedeutliche Phrase statt: „Aufhebung aller Klassenunterschiede.“ Die Vorstellung der sozialistischen Gesellschaft als des Reiches der Gleichheit sei eine einseitige französische Vorstellung, annehmend an das alte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, eine Vorstellung, die als Entwicklungsstufe ihrer Zeit und ihres Orts berechtigt war, die aber, wie alle die Einseitigkeiten der früheren sozialistischen Schulen, jetzt überwunden sein sollte. Von Reno zu Rand, von Proudhon zu Proudhon, von Ort zu Ort sogar werde immer eine gewisse Ungleichheit der Lebensführung bestehen, die man auch, ein Minimum zugerechnet, aber nie ganz beseitigen können werde.

Marx und Engels drohten sogar, daß sie sich nie zu der auf dieser Grundlage errichteten neuen Partei bekennen könnten und daß sie sich jetzt ernstlich werden überlegen müssen, welche Stellung sie — auch öffentlich — ihr gegenüber zu nehmen hätten. Engels war überzeugt, daß die Einigung auf solche Weise kein Jahr dauern würde.

Es ist in der Tat unverkennbar: das Einigungsprogramm wurde vom Lassalle'schen Geist und von Kleinbürgerlich-demokratischer Ideologie beherrscht. Vom Marxismus ist darin wenig genug zu spüren. Einigung um hohen Preis! Auch um den Preis eines Rückschritts hinter 1869.

Wer wollte bestreiten, daß alle diejenigen, die damals für die Einigkeit der Arbeiterbewegung eingetreten sind, von den edelsten sozialistischen und menschlichen Motiven befeuert waren. Niemand wird auch verkennen wollen, daß der Wille zur Einigung in den Köpfen der kampfenden Arbeiter wie die allgemeinen Gründe immer zwingender wurden. Mehring selbst rechtfertig in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie die Einigung als notwendig und fruchtbar, selbst auf Kosten eines klaren entscheidenden Programms. Wer von uns könnte dafür einsehen, daß er damals nicht genau so gehandelt hätte wie Liebknecht und Bebel und alle anderen Freunde der Einigung?

Das alles sei beachtet.

Und doch, wenn wir die Geschichte der Arbeiterbewegung von 1875 bis 1910 kritisch betrachten, dann sind die Fragen erlaubt: War die Einigung nicht trotz alledem zu teuer erkauft? Sind die vorübergehenden Erfolge so viel wertvoller gewesen, als der verherzte dauernde Gewinn?

Entscheidungen von geschichtlicher Bedeutung werden desto richtiger bewertet, je länger der Zeitabschnitt ist, der zur Beurteilung ihrer Wirkungen herangezogen wird. Und ich kann nicht anders: ich glaube, daß es 1875 richtiger gewesen wäre, die Klarheit über alles zu stellen. Gewiß, die Einigung wäre nicht so rasch und so glatt zustande gekommen. Es wäre unheilvoller gewesen, die Arbeiter für ein Programm auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus zu einigen. Aber der dauernde Gewinn für die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung wäre von fegensreicherer Wirkung gewesen. Eine innerlich einige, klare und zielbewußte Partei hätte sich sicher in allen Stürmen bewährt.

Die Monarchisten, die 1875 um einer vorkührenden äußerlichen Einigung willen an die Kleinbürgerlich-demokratische Ideologie gemacht wurden, haben für die geistige Erziehung des Proletariats böse Folgen genug gehabt. Bis heute noch reden und schreiben Sozialisten vom „freien Volksstaat“, vom „sozialistischen Zukunftsstaat“, von dem bürgerlich-papieristischen „Völkerverbund“ (Wilson-Programm) und auch die „Vereinigten Staaten von Europa“ spielten besonders während des Krieges eine Rolle im Denken bürgerlich verwehelter Sozialistengehirne. Phrasen von „Freiheit, Gleichheit und Demokratie“ nehmen daher kein Ende. Und leider nur zu oft hören wir immer noch die Schwärmer, daß „jedem sein voller Arbeitsertrag“ werden müsse.

Ein Blick in die Verfassung des Deutschen Reiches von 1919, der „freiesten Demokratie der Welt“, und in die seiner „Gliederstaaten“ genügt, um festzustellen, wie sehr rechtssozialistische Fiktion heute noch Kleinbürgerlich-demokratisch, d. i. reaktionär, denken. Wie heißt es doch? „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und nach dem Willen des Vaters, sein Recht in Freiheit und Gleichheit zu erneuern und zu schützen, beim inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Eine wunderbare Einleitung für einen nationalstiftenden Primaneraufsatz. Und dann: „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus“ und dergleichen mehr. — Wahrhaftig: „Das alles stinkt nach Käsebrei, das ist verfault und verfaßmottelt!“

Herr Wilhelm Bloch, der früher sozialistische Geschichtchen schrieb und heute rechtssozialistische Geschichtchen macht, ist ein typischer Kleinbürgerlich-demokratischer Sozialist. Bei der Beratung der Württembergischen Verfassung im Württembergischen Landtag rügte ich ausdrücklich, wie Volksstaat usw., als nicht farrert im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus. Da erhob sich der Präsident Württembergs, Herr Bloch, um mit der ganzen überlegenen Würde eines meli-weißen Patriarchen zu erklären, daß doch sogar Marx — Aristiel für eine Zeitung geschrieben, die den Namen Volksstaat führte! Demunberndes Gemurmel über das historische Wissen des Herrn Bloch im ganzen Hause, Rechtssozialisten schauten triumphierend und mitteilig zu mir herüber: Welt, der kann's! In der Lat, ich war sprachlos.

Der Nationalismus, der sich in der Sozialdemokratie 1914 so herrlich offenbarte, ist auch ein Beweis dafür, wie sehr weite Kreise der Partei, von den Arbeitermassen außerhalb der Sozialdemokratischen Partei ganz zu schweigen, in Kleinbürgerlich-demokratischem Denken befangen waren. Lange vor dem bei-

spiellosen nationalen und internationalen Zusammenbruch der Sozialdemokratie im Jahre 1914 wucherte der Spaltig Opportunismus in der zunächst so massenhaften deutschen Sozialdemokratie. Was aber ist der Opportunismus der Nationalsozialisten anders als die Demokratie der Bourgeoisie? Und was ist die Demokratie der Bourgeoisie anders als der Opportunismus der Nationalsozialisten?

Es wird die Aufgabe des Geschichtsforschers sein, zu untersuchen, in welchem Maße die Einigung von 1875 zum Zusammenbruch und zur reinlichen Scheidung der Sozialdemokraten von 1914 geführt hat.

Das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1891.

Obgleich das Einigungsprogramm von 1875 vom Einigungskongress einstimmig angenommen worden war, war eigentlich niemand mit ihm zufrieden. Viele hatten entgegen ihrer besseren Einsicht jeden eigenen und fremden Widerspruch nur anerkannt, um die Einigung nicht zu gefährden. Aber von Stunde an wurde die Abänderung des Einigungsprogramms erstrebt. Die Linke richteten sich besonders gegen die Forderung der Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe. Bevor jedoch eine gründliche Revision des Programms vorgenommen werden konnte, kam das Sozialistengesetz zwölf Jahre Sozialistengesetz, zwölf Jahre Kampf um Leben und Tod“ für die Partei. Diese Sturmzeit wirkte aber auch aufreißend und aufklärend auf alle, die nun dem Todfeind des Proletariats Auge in Auge gegenüberstanden. In der Weizsäcker des Massentampes wurde die sozialistische Erkenntnis mächtig gefördert.

Die großen kühnen Gedanken des marxistischen wissenschaftlichen Sozialismus begannen sich innerlich der modernen Arbeiterbewegung unausförsam durchzusetzen, die Lassalleaner wie die bürgerlich-demokratischen Ideen wurden mehr und mehr zurückgedrängt. Jedoch nicht völlig ausgerotet und amschädlich gemacht. Die geistige Entwicklung kann weder im Tempo noch im Ziel kammontiert werden, sie ist zu sehr abhängig von der materiellen Entwicklung und von gar zu vielen Nebenständen.

Auf dem Parteitag in Halle, im Jahre 1890, stand die Programmfrage auf der Tagesordnung. Liebknecht ging als Referent Punkt für Punkt des Programms feilsch durch und kam zu dem Schluss: „Das alte Programm hat sich überlebt, schafen wir ein neues. Dieses wird wiederum alt werden. Dann schaffen wir abermals ein neues. Was wir nicht tun, tun unsere Kinder.“

Einstimmig wurde der Parteivorstand beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidierten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens drei Monate vor Zusammenritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.“

Der nächste Parteitag tagte in Erfurt, im Jahre 1891. Schon Monate vor dem Parteitag hatte der Parteivorstand einen Programmentwurf zur öffentlichen Diskussion gestellt, die sich sehr lebhaft gestaltete. Dem Parteitag lagen

vier Entwürfe vor: 1. Entwurf des Parteivorstandes, 2. Entwurf der Redaktion der Neuen Zeit in Stuttgart, 3. Entwurf der Genossen Ruerebach, Stampfmeier und Zug in Magdeburg und 4. Entwurf des Genossen Stern in Stuttgart, dazu eine Fülle von Anträgen. Alle Entwürfe bezogen sich im allgemeinen auf dem gleichen Boden der Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus. Der Parteitag setzte eine Kommission ein, die während der Tagung einen endgültigen Entwurf faßt. Liebknecht war Referent. Ohne Debatte gab der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei einstimmig folgendes Programm:

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletariat, indem die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zerstückelten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Wachstums zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität den menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert: Für das Proletariat and die verfallenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Anechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise liegenden Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft ergeben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren voranschreitender Anwendung und voller Entfaltung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ebendieses das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhandlender zu expropriieren und die Produktionsmittel — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Erben und Werkzeuge, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb

und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Frieressenszeitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter in allen Ländern immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Welt, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich ein mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundzügen, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe allen über 20 Jahre alten Reichsbürgerlichen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlssystem; und bis zu dessen Einführung gezielte Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Enmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk unmittelbar, des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung

des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Gecre. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterbinden.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich, und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Entfaltung der Religion zur Privat Sache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Auszubildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Staatsfachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Gebührensätze und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Krankenbestattung.
10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Verteilung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbstbesteuernspflicht. Erbschaftsteuer, insoweit sie steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Um Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erfordern.

- d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
- e) Verbot des Truhsystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Befreiung der Gewandordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

In seinem ersten Teil ahmet das Erfurter Programm marxistischen Geist. Nach der Methode des historischen Materialismus wird in knappen Worten der Gang der ökonomischen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bis zum letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts festgesetzt. Die Wirkungen dieser Entwicklung werden aufgezeigt und die Mittel und Wege genannt, durch die eine soziale Umwälzung zur Beseitigung aller Unterdrückten herbeigeführt werden soll. Durch den selbständigen Klassenkampf soll die Arbeiterklasse die politische Macht ergattern, um das kapitalistische Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum und die Warenproduktion in die sozialistische Produktion umzuwandeln.

Der grundsätzliche Teil des Erfurter Programms bedarf der Modernisierung und der Ergänzung. Es fehlt in ihm die Berücksichtigung der höchsten Stufe der kapitalistischen Entwicklung, der Epoche des Finanzkapitals, das im Imperialismus seinen politischen Ausdruck findet. Die Erscheinungen und die Wirkungen des Imperialismus und die sich daraus ergebenden neuen Aufgaben für die Arbeiterklasse müßten klar zu formulieren. Es müßte weiter nachgedenkt werden, daß die Regelung der kapitalistischen Produktion durch Unternehmerrganisationen und die von Kapitalisten und Reformsozialisten erzielte Arbeitgemeinschaft ebensowenig die ökonomischen und die sozialen Fragen zu lösen vermögen, wie die bis auf die Spitze getriebene Verstaatlichung und Wirttarisierung der Wirtschaft.

Es wäre ferner darzulegen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind und wie sie durchgeführt werden sollen, um die kapitalistische Gesellschaft aus dem imperialistischen Gegenstand auf eine höhere Stufe der Kultur zu führen, d. h., um den Sozialismus zu verwirklichen.

Wir dürfen nicht mehr von unserem Ziel in allgemein gehaltenen Sätzen sprechen. Das möchte hingehen, solange man das Ziel in weiter Ferne glaubte, solange es sich in der Hauptsache darum handelte, durch den Kampf um politische und wirtschaftliche Reformen die materiellen und geistigen Vorbedingungen für die Kämpfe des Proletariats gegen den Kapitalismus zu schaffen. Jetzt stehen wir in der letzten Epoche des proletarischen Klassenkampfes. Und nun müssen wir konkret sagen, was wir an die Stelle des Kapitalismus setzen sollen und wie wir es wollen. Dabei müssen auch die Reste der bürgerlich-demokratischen Ueberresteungen ausgemerzt werden. Wir dürfen nicht mehr von den „gleichen Rechten und den gleichen Pflichten der Arbeiter“ sprechen, weil wir sonst dazu beitragen würden, in den Köpfen der Arbeiter tiefe und falsche Auffassungen über den Sozialismus zu erhalten oder herbor-

Die unter 7 aufgestellten Forderungen beziehen sich auf rein technische Erziehungsfragen. Dabei werden für die bestehenden Klassen noch Liebesgaben gewünscht. Denn die allgemein geforderte Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel bedeutet ein Geschenk an die Besitztenden. Der Charakter und der Zweck der öffentlichen Erziehung werden bestimmt von Charakter und Zweck der jeweils vorhandenen Produktionsweise.

Das sozialistische Steuerproblem kann in dem kapitalistischen Staat ebenfalls nicht gelöst werden. Sowie bei Punkt 10 der Forderungen.

Bei den Forderungen des Arbeiterrechtes ändlich ist zu sagen, daß die Grundfrage des Arbeiterrechtes, die Sicherstellung des Koalitionsrechtes, inwieweit das Kapitalismus nicht zu erreichen ist. Selbst wenn das Koalitionsrecht den Arbeitern gesetzlich garantiert wird, dann sieht es in dem Augenblick nur auf dem Papier, in dem die Arbeiter verfassungsmäßig Gebrauch machen wollen. Es sei nur an die Notwendigkeit Streikverbote erinnert. Die Reformen auf dem Gebiet des Arbeiterrechtes werden sich in den engen Grenzen bewegen, die die Erhaltung der kapitalistischen Produktion erträgt.

Die Reformbedürftigkeit des Erfurter Programms kann nicht bestritten werden. Es ist weder Ueberhebung noch Messernissei, die uns zu dieser Erkenntnis verholfen hat. Seit der Formulierung des Erfurter Programms sind fast 30 Jahre ökonomischer und politischer Entwicklung dahingegangen. Dann aber vor allen Dingen haben wir über vier Jahre Krieg und ein Jahr Revolution durchlebt. Diese letzten Jahre haben uns besonders eindrucksvoll eine ganze Fülle von Erfahrungen eingepaukt. Wir sind von manchem Irrtum, von mancher Illusion geheilt und zuseher geworden. Die Vernunft gebietet, daß wir daraus die nötigen Schlussfolgerungen ziehen. Die Geschichte ist nie fertig, sie ist dauernd im Gange. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß wir den Gleichschritt mit der Geschichte nicht verlieren.

Programmatifche Rundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1919.

Der Anfang des Krieges von 1914—1919 war das Ende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Opportunisten hatten die Oberhand in der Partei. Diese „Sozialdemokraten“ entpuppten sich als Nationalsozialisten. Sie drängten die sozialrevolutionäre Opposition aus der Sozialdemokratischen Partei und etablierten sich als nationalsozialistische Reformpartei. Um die Arbeiter über den wahren Charakter ihrer Partei zu täuschen, betrieben sie ihre opportunistischen Geschäfte unter der alten sozialdemokratischen Firma weiter.

Die Opposition schloß sich in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine Organisation für den proletarischen revolutionären Massenkampf.

Während des Krieges sammelten sich in der sozialistischen Opposition Sozialdemokraten und sozialistische Gruppen aus den verschiedensten Ländern. Die einen als grundsätzliche Kriegsfeinde und Klassenkämpfer, die andern als

Gegner der chauvinistischen Politik der Kaiserjunktisten, die dritten, weil sie nicht mehr an einen Verteidigungskrieg glaubten, die vierten, nachdem ihnen durch nationalsozialistische Schwankte ein weiteres Verbleiben in der alten sozialdemokratischen Organisation unmöglich gemacht worden war, usw. usw. Bevor eine Klärung und Eichtung auch nur innerhalb der sozialistischen Opposition erfolgen konnte, machte der Ausstand der Arbeiter und Soldaten im November 1918 dem Krieg ein Ende. Alle Schranken der alten Weltansichten waren gefallen und hemmungslos konnte sich plötzlich die politische Bewegung betätigen. Weit, bisher mehr oder weniger indifferente Schichten der Arbeiter und aller anderen Gesellschaftsklassen wurden in die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe gerissen. Viele sozialistisch gestimmte Massenlämpfer waren im Krieg geblieben. Neue Militatoren traten auf, darunter viele, die vor und während des Krieges noch nicht an der sozialistischen Bewegung teilgenommen hatten. Neue sozialistische, sozialrevolutionäre, sozialreformistische, opportunistische, kommunistische, syndikalistische und anarchistische Programme und taktische Richtlinien tauchten allenthalben auf und neue Parteien wurden gegründet. Umgeschulte Massen wandten sich bald diesen, bald jenen Forderungen und Kampfmethoden zu. Gerade in den ersten Monaten nach dem November 1918 erreichte die allgemeine Unklarheit und Verwirrung ihren Höhepunkt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei trat am 2. März 1919 in Berlin zu einem Parteitag zusammen. Der Parteitag nahm zu den großen Problemen der Zeit Stellung. In einer programmatischen Rundgebung legte der Parteitag die grundsätzliche Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Revolution fest und in einem Aktionsprogramm gab er ihr die Richtlinien für die Fortführung der Revolution. Der Parteitag zählte 106 stimmberechtigte Mitglieder. Nur 8 Stimmen wurden gegen die programmatische Rundgebung abgegeben. Sie hat folgenden Wortlaut:

Programmatifche Rundgebung,

Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundsätzlichen Leits des Erfurter Programms erklärt der Parteitag:

Im November 1918 haben die revolutionären Arbeiter und Soldaten Deutschlands die Staatsgewalt erobert. Sie haben aber ihre Macht nicht befestigt und die kapitalistische Klassenherrschaft nicht überwunden.

Die Führer der Reichssozialisten haben den Pakt mit den bürgerlichen Klassen erneuert und die Interessen des Proletariats preisgegeben. Sie träuben eine Verwaltungspolitik mit den Worten Demokratie und Sozialismus.

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind demokratische Rechtsformen Truggebilde. Solange der politische Befreiung nicht auch die wirtschaftliche Befreiung und Unabhängigkeit gefolgt ist, besteht keine wahre Demokratie. Die Sozialisierung, wie die Reichssozialisten sie betreiben, ist ein Gaußespiel. Sie begnügen sich, unter Schonung der kapitalistischen Interessen, mit einer „gemäßigten-wirtschaftlichen“ Bewirtschaftung und sogar nur mit der „öffentlichen Kontrolle“ der nach ihrem eigenen Urteil für die sofortige Bergesellschaftung reifen Betriebe.

Das Klassenbewußte Proletariat hat erkannt, daß sein Befreiungskampf nur von ihm allein und nicht nur mit den bisherigen Organisationen durchgeführt werden kann, sondern daß dazu auch eine neue proletarische Kampforganisation erforderlich ist.

Im Rätesystem hat sich die proletarische Revolution diese Kampforganisation geschaffen. Sie faßt die Arbeitermassen in den Betrieben zu revolutionärem Handeln zusammen. Sie schafft dem Proletariat das Recht der Selbstverwaltung in den Betrieben, in den Gemeinden und im Staate. Sie führt die Umbauung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische durch.

In allen kapitalistischen Ländern entwickelt sich das Rätesystem aus den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen und wird zum Träger der proletarischen Weltrevolution.

Die geschichtliche Aufgabe der U. S. P. ist es, die Bannerträgerin des Klassenbewußten Proletariats in seinem revolutionären Befreiungskampf zu sein.

Die U. S. P. stellt sich auf den Boden des Rätesystems. Sie unterstützt die Räte in ihrem Ringen um die wirtschaftliche und politische Macht. Sie erstreckt die Diktatur des Proletariats, des Vertreters der großen Volksmehrheit, als notwendige Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus.

Erst der Sozialismus bringt die Beseitigung jeder Klassenherrschaft, die Beseitigung jeder Diktatur, die wahre Demokratie.

Um dieses Ziel zu erreichen, gebietet sich die U. S. P. aller politischen und wirtschaftlichen Kampfmittel, einschließlich der Parlamente.

Sie verwirft planlose Gewalttätigkeiten. Ihr Ziel ist nicht die Vernichtung von Personen, sondern die Beseitigung des kapitalistischen Systems.

Die nächsten Forderungen der U. S. P. sind:

1. Einordnung des Rätesystems in die Verfassung. Entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.
2. Völlige Auflösung des alten Heeres. Sofortige Auflösung des durch Freiwilligen-Korps gebildeten Wehrheeres. Entlassung des Bürgerturns. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der Klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverwaltung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mannschaften. Auflösung der Militärgerichtsbarkeit.
3. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Unternehmungen ist sofort zu beginnen. Sie ist unabdinglich durchzuführen auf den Gebieten des Bergbaus und der Energie-Erzeugung (Stahl, Wasser, Kraft, Elektrizität), der konzentrierten Eisenerz- und Stahlproduktion, sowie anderer hochentwickelter Industrien und des Bank- und Versicherungswesens. Großgrundbesitz und große Forste sind sofort in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die gesamten wirtschaftlichen Betriebe durch Berechtigung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, sowie Förderung

der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. In den Städten ist das private Eigentum an Grund und Boden in Gemeindegut zu überführen und ausreichende Wohnungen sind von der Gemeinde auf eigene Rechnung herzustellen.

4. Abschaffung der Wehrübungen und der Militär durch das Volk. Sofortige Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der die Schuldigen am Weltkriege und an der Verhinderung eines zeitigeren Friedens zur Verantwortung zu ziehen hat.
5. Der während des Krieges geschaffene Vermögenszuwachs ist voll wegzufeuern. Von allen größeren Vermögen ist ein Teil an den Staat abzuführen. Im übrigen sind die öffentlichen Ausgaben durch stufenweis steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern zu decken. Die Kriegsschulden sind zu annullieren unter Entschädigung der Bedürftigen, der gemeinnützigen Vereine, Anstalten und der Gemeinden.
6. Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Schutz und Fürsorge für Mutter und Kind. Dem Kriegswitwen und -waisen und den Verletzten ist eine sorgenfreie Existenz sicherzustellen. Den Wohnungsbedürftigen sind überflüssige Räume der Wehrübungen zur Benutzung zu übergeben. Grundlegende Neuordnung des öffentlichen Gesundheitswesens.
7. Trennung von Staat und Kirche und Trennung von Kirche und Schule. Öffentliche Einheitschule mit weltlichem Charakter, die nach sozialistisch-pädagogischen Grundsätzen auszugestalten ist. Anspruch jedes Kindes auf die seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung und Befähigung der hierzu erforderlichen Mittel.
8. Einführung eines öffentlich-rechtlichen Monopols für Inzestate und Übertragung an die Kommunalverbände.
9. Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Nationen. Sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur russischen Rätesrepublik und zu Polen. Wiederherstellung der Arbeiter-Internationale auf dem Boden der revolutionären sozialistischen Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Wienthal.

Die U. S. P. ist der Überzeugung, daß durch die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die sie erhebt, der vollständige und dauernde Sieg des Proletariats beschleunigt und gesichert wird. Das Bewußtsein in Wort und Tat zu den Grundfragen und Forderungen dieser Kundgebung ist aber die notwendige Voraussetzung der Einigung der Arbeiterklasse.

Die programmatische Kundgebung beginnt: „Unter Aufrechterhaltung der leitenden Gedanken des grundlegenden Textes des Entwurfs Programms erklärt der Parteitag...“ Damit ist die Reformbedürftigkeit des Entwurfs Programms von der höchsten Instanz der Unabhängigen Sozialdemokratie bereits ausgesprochen.

Die revolutionäre Situation war im März 1919 so kritisch, daß der Parteitag sich hauptsächlich darauf beschränken mußte, in einem während der Tagung geschaffenen Aktionsprogramm die nächsten Forderungen auszu-

sprechen. Im grundsätzlichen Teil der Kundgebung wird der Vertretungs-politisch, die von rechtssozialistischen Führern mit den Worten Demotätie und Sozialismus getrieben wird, das entscheidende klare Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf, zur proletarischen Diktatur und zum Rätesystem entgegengesetzt. Dies Bekenntnis wirkt wie eine befreiende Tat, und führt vor allen Dingen ist es zuzuschreiben, daß die Arbeiter der Unabhängigen Sozialdemokratie in Massen zugedrängt sind und daß sie in wenigen Monaten in einem Maße erstarke und wuchs, das beispiellos in der Geschichte der Parteien ist.

Die nächsten Forderungen entsprechen dem Stand der Revolution vom März 1919. Die Räteorganisation war eine Macht, mit der die Regierung rechnen mußte. Der Bürgerkrieg war noch akut und in verschiedenen Teilen Deutschlands holte das revolutionäre Proletariat zu neuen Schlägen aus. Es mußte damit gerechnet werden, daß die Aktionen, die hier und dort im Gange waren, leicht zu einem neuen direkten Kampf des Proletariats gegen den konterrevolutionären rechtssozialistisch-bürgerlichen Regierungsbund auf der ganzen Linie führen konnten.

Wenn damals die Einordnung des Rätesystems in die Verfassung gefordert wurde, so geschah das nicht in der Absicht, den bürgerlichen Parlamenten ein proletarisches Räteparlament beizubringen, sondern aus dem Bestreben, die revolutionären Rechte des Rätesystems zu festigen und zu erweitern. Die Räte, nicht die von Regierungsgewalten verkleinerten und verächteten, sondern die von den revolutionären Arbeitern aus eigener Kraft geschaffenen Räte, sollen entscheidende Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung erhalten. Die Räte sollten, solange das Proletariat nicht mächtig genug ist, an Stelle der bürgerlichen Parlamente den Rätekonkret zu setzen, in der Gesetzgebung und Verwaltung das entscheidende, das letzte Wort sprechen. Im Gesamtsystem der Unabhängigen Sozialdemokratie, das nach den Grundsätzen der Programmatischen Kundgebung formuliert ist, kommt das vollkommen eindeutig zum Ausdruck: Die Arbeiterräte haben das Recht, gegen Beschlüsse und Maßnahmen der städtischen Verwaltung Einspruch zu erheben und die Entscheidung des kommunalen Arbeiterrates anzurufen*.

Doch auch dieser Zustand war nur für die Zeit bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat gedacht. In dem Augenblick, in dem das Proletariat die politische Macht besitzt, wird die bürgerliche Demokratie, die in Wirklichkeit eine militaristisch-kapitalistische Diktatur ist, von der proletarischen Diktatur abgelöst und der Rätekonkret wird die höchste Funktion des proletarischen Staates.

Die Entwicklung der Reaktion seit März 1919 hat jedoch eine andere revolutionäre Situation geschaffen. Heute besteht Klarheit darüber, daß die Forderung von der Einordnung des Rätesystems in die Verfassung keine fortschrittliche Wirkung mehr haben kann. Die rechtssozialistisch-bürgerliche Regierung hat durch ihren Betriebsrätegesetzentwurf gezeigt, daß sie den alten Betriebsausschüssen nur einen neuen Namen geben will, die der harmonie-büßeligen Arbeitsgemeinschaft Vorparlamentäre heißen sollen.

Die Arbeiterräte können sich als revolutionäre Organe nur als freie unabhängige Organisationen entwickeln, die sozial revolutionäres Recht aus

eigener Kraft besitzen werden, wie sie Macht haben. Die revolutionären Räte werden sozial Macht haben wie sie vom Proletariat empfangen.

So wenig es jemand zu fordern einfällt, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in die Verfassungen eingeordnet wird, so wenig dürfen wir heute fordern, daß die Räte in die Verfassung eingeordnet werden. Beide Organisationen sind revolutionäre Kampforganisationen zur Eroberung der politischen Macht als Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus.

Die erste Forderung der programmatischen Kundgebung ist demnach gegenstandslos geworden.

Die unter 2 und 3 aufgestellten Forderungen erhalten erst Bedeutung als Aufgaben für die Zeit der proletarischen Diktatur. Das irreführende Wort Volkswehr ist durch ein zutreffenderes zu ersetzen, etwa Arbeiterwehr.

Die Forderungen im 4. Absatz sind zu trennen. Die erste, Wahl der Behörden und Richter durch das Volk, wird erst in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden können, in der es weder wirtschaftliche Unterdrückung noch Gesellschaftsklassen gibt. Die übrigen Forderungen kommen wiederum für die Zeit der proletarischen Diktatur in Betracht und müssen auf die Revolutionsverträge und auf die Arbeitermächte ausgedehnt werden.

Die unter 5 bis 9 erhobenen Forderungen sind zu modifizieren.

Die Unabhängige Sozialdemokratie muß sich ein grundsätzliches Programm schaffen, in dem ihre Ziel umschrieben ist, und ein Aktionsprogramm mit Parolen für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht. Für die Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus müssen die Maßregeln zur ökonomischen, sozialen, juristischen und politischen Umwälzung der Gesellschaft angegeben werden.